News Archiv 2016

2016-12-29 10:17

Kaske: Mit Arbeitsmarktoffensive, Mietrechtsreform und Verbesserungen in der Aus- und Weiterbildung Österreich vorwärts bringen

"Die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit muss die zentrale Aufgabe der Politik im kommenden Jahr sein", fordert AK Präsident Rudi Kaske eine Arbeitsmarktoffensive mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit innerhalb der kommenden vier Jahre um 100.000 Betroffene zu reduzieren. Der von Kaske vorgeschlagene Maßnahmenplan dazu baut auf drei Säulen auf: auf öffentlichen Investitionen, einer fairen Verteilung von Arbeit und einem Ausbau der Aus- und Weiterbildung. Denn in Zeiten von Industrie 4.0 werden Qualifikation und Weiterbildung immer wichtiger. Der AK Präsident fordert auch, dass die Bildungsreform konsequent umgesetzt wird. "Das ist wichtig für die Erreichung von mehr Chancengerechtigkeit." Überdies verlangt Kaske, dass "die längst überfällige Mietrechtsreform auf den Weg gebracht wird, damit Wohnen leistbar bleibt."

Investieren - in Österreich und in Europa

Das aktuell niedrige Zinsniveau bietet viel Spielraum für öffentliche Investitionen, um der Konjunktur und damit auch der Beschäftigung in Europa und in Österreich den notwendigen wirtschaftlichen Impuls zu geben. Der Bedarf an Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur (Bildung, soziale Dienste, Daseinsvorsorge, leistbarer Wohnraum, ...) ist hoch. Damit diese Investitionen auch getätigt werden können, müssen sie von den restriktiven Budgetvorgaben der EU ausgenommen werden. Diese Ausnahme will Kaske EU-weit mit der sogenannten "Goldenen Regel" erreichen.

An Arbeitszeitverkürzung führt kein Weg vorbei

Das Arbeitsmarktpaket der Bundesregierung sowie die im Budget vorgesehenen erhöhten Mittel für öffentliche Investitionen gehen für Kaske in die richtige Richtung, "aber", so der AK Präsident, "wir brauchen mehr. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, aber auch wegen der Herausforderungen durch die Digitalisierung, führt kein Weg an einer Arbeitszeitverkürzung vorbei. Dazu kommt, dass das Arbeitskräfteangebot weiter stärker steigt als das Arbeitsangebot. Wir müssen die Arbeit daher gerechter verteilen."

Eine zweite Chance für jede/n

Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium sollen zu einem Qualifizierungsgeld und damit zu einer zweiten Ausbildungschance gebündelt werden. Dafür brauchen die ArbeitnehmerInnen einen Rechtsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Bildungsfreistellung sowie einen Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Qualifizierungsgeld während der Ausbildung.

Digitalisierung, Industrie 4.0

Verbesserungen im System der Aus- und Weiterbildung sind umso wichtiger als der digitale Wandel auch von den ArbeitnehmerInnen ein laufendes "Update" ihres Wissens erfordert. Für die AK ist es wichtig, den digitalen Wandel mitzugestalten und darauf zu achten, dass auch in Zeiten von Industrie 4.0 die Rechte der ArbeitnehmerInnen gewahrt werden.

Schulfinanzierung nach Chancenindex

Der aktuelle internationale Schulvergleich PISA hat gezeigt, dass sich die Leistungen beim Lesen und Rechnen sogar verschlechtert haben. "Wir müssen im kommenden Jahr die angefangene Bildungsreform weiterbringen und umsetzen. Wir brauchen für die Kinder echte Chancengleichheit und müssen alle mitnehmen auf dem Weg zu einem guten Bildungsabschluss", sagt Kaske. Seine wichtigste Forderung: Schulfinanzierung nach Chancenindex. Das bedeutet mehr Mittel für Schulen mit vielen Kindern, denen die Eltern keine Nachhilfe zahlen können. "Bildung wird in Österreich vererbt, die Schule schafft es derzeit nicht, Ungleichheiten auszugleichen", sagt AK Präsident Rudi Kaske. "Grundlegende Reformen sind dringend notwendig: Es braucht mehr Ganztagesschulen, mehr pädagogische Autonomie, verstärkte Fortbildung des Lehrpersonals und eben eine Schulfinanzierung nach dem Chancenindex."

Leistbares Wohnen

"Wohnen wird immer mehr zur Armutsfalle", stellt der AK Präsident fest. "Ein einfaches, einheitliches Mietrecht mit gesetzlichen Obergrenzen ist viel zu wichtig, als dass seine Einführung immer wieder aufgeschoben werden kann. Wir haben unsere Forderungen für leistbares Wohnen schon lange vorgelegt. Jetzt ist der Justizminister am Zug und muss endlich die überfällige Reform auf den Weg bringen", verlangt Kaske. Der AK Präsident betont auch, dass es "einen Mix aus Maßnahmen braucht, um Wohnen billiger zu machen - ein einfaches transparentes Mietrecht mit wirksamen gesetzlichen Mietpreisobergrenzen und mehr neue geförderte Wohnungen, die langfristig leistbar bleiben." Die AK-Forderungen für ein einfaches transparentes Mietrecht: Klare Regeln, um die Richtwertmieten zu begrenzen; Befristungen abschaffen, außer bei Eigenbedarf der VermieterInnen; runter mit den Betriebskosten durch Streichen der Grundsteuer und Versicherungen aus dem Betriebskostenkatalog; weg mit der Maklerprovision für MieterInnen - so wie in Deutschland; zudem klare Erhaltungsregeln für VermieterInnen für die gesamte Wohnungsausstattung.

Read more … Kaske: Mit Arbeitsmarktoffensive, Mietrechtsreform und Verbesserungen in der Aus- und Weiterbildung Österreich vorwärts bringen

2016-12-29 09:05

Mindestsicherung: Platter will erneut sondieren

Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) will als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz sondieren, ob in Sachen Mindestsicherung nicht doch noch „Chancen“ auf eine „große Lösung“ bestehen. Denn ein „Fleckerlteppich würde einen Mindestsicherungstourismus zweifellos begünstigen“, erklärte Platter, der mit 1. Jänner den Vorsitz übernimmt, im APA-Interview.

Platter stellt seinen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz unter das Motto „gemeinsam entscheiden“. „Dieses Angebot lege ich an die Bundesländer und ganz besonders auch an die Bundesregierung und auch die Europäische Union“, meinte er.

Fokus auf Bildung und Sicherheit

Ganz oben auf der Agenda werden für Platter die Themen Bildung und Sicherheit stehen. Aber auch den Themenkomplex Steuerautonomie möchte Tirols Landeschef erneut aufs Tapet bringen. Zudem könne Tirol bei den Bereichen Föderalismus und der Stärkung des ländlichen Raumes seinen Beitrag leisten.

Die offizielle Übergabe des Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz von der Steiermark an Tirol erfolgt am 9. Jänner. Für 11. und 12. Mai ist eine LH-Konferenz in Alpbach fixiert.

Read more … Mindestsicherung: Platter will erneut sondieren

2016-12-28 06:35

Nach SPÖ auch ÖVP für zweiten Wahltag

Grüne sehen mögliche Fehlerquelle

Am Montag hat SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder vorgeschlagen, zur Eindämmung der Briefwahl einen zweiten, zusätzlichen Wahltag einzuführen. Der Vorschlag stößt auf Resonanz: Auch ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka unterstützt den Vorstoß, der im Zuge der Wahlrechtsreform im kommenden Jahr umgesetzt werden könnte.

Schieder hatte angeregt, beispielsweise anderthalb Wochen vor dem eigentlichen Urnengang einen weiteren Termin für die Stimmabgabe einzuführen. Dieser wäre eine „sehr attraktive Alternative“ für jene, die am regulären Wahltag verhindert seien. Das Konzept habe sich bereits bei Landtagswahlen etabliert.

ÖVP will „niedrige Hürde“

Zustimmung kommt nun von Lopatka: Die ÖVP sei „selbstverständlich“ für den zweiten Wahltag. Nicht wirklich kommentieren wollte er im Ö1-Mittagsjournal Schieders Begründung, dass damit die Briefwahl eingedämmt werden soll. Er kenne den Vorschlag nicht. An sich sei die ÖVP aber für eine „niedrige

Hürde“, um an Wahlen teilnehmen zu können.

Dass durch den vorgezogenen Wahltag alleine die Zahl der Briefwähler reduziert wird, glaubt Lopatka angesichts der Erfahrungen in der Steiermark, wo es einen vorgezogenen Wahltag gibt, nicht. Dort sei nicht die Zahl der Briefwähler zurückgegangen, sondern die jener, die am eigentlichen Wahltag ihre Stimme abgeben. Rund sieben Prozent hatten bei der letzten Landtagswahl in der Steiermark den zweiten Termin genutzt.

Schieder hatte gesagt, er wolle mit einem zusätzlichen Termin die Briefwahl „eindämmen“. Diese könne „nur gelinderes Mittel für jene sein, die nicht persönlich die Möglichkeit haben, die Stimme abzugeben“, so Schieder. Grundsätzlich sei er der Meinung, dass es ein Wert in der Demokratie ist, dass man persönlich seine Stimme abgibt. Daher müsse die Briefwahl die Ausnahme und dürfe nicht die Regel sein.

Grüne besorgt über Aufbewahrung

Als Fan der Briefwahl präsentierten sich am Dienstag die Grünen. Von einem „Erfolgsmodell“ sprach der Abgeordnete Dieter Brosz in einer Aussendung. Eine Beschränkung hielte er für einen demokratiepolitischen Rückschritt. Vorsichtig ist er bezüglich der Etablierung von Vorwahlterminen.

Bei deren Einführung müsste sichergestellt werden, dass die dort abgegebenen Stimmen über einen längeren Zeitraum in den Wahllokalen so aufbewahrt werden, dass eine Manipulation unmöglich wäre: „Das wäre bei Tausenden Wahllokalen in Österreich erneut eine nicht zu unterschätzende Fehlerquelle“, glaubt der Grün-Mandatar.

Unterstützung seitens FPÖ

Die FPÖ hatte schon am Vortag Schieders Pläne ausdrücklich unterstützt. Seine Vorschläge seien ein „Schritt in die richtige Richtung“. Auch die Freiheitlichen sind der Meinung, dass die Briefwahl nur die Ausnahme sein könne. „Einen oder mehrere Vorwahltage auf Flughäfen, Bahnhöfen usw.“ könne sich auch die FPÖ vorstellen. Dem von der ÖVP angeregten E-Voting erteilte die FPÖ hingegen eine Absage.

Lopatka hatte am Montag gesagt, er „wäre froh, wenn wir es schafften, für die rund 500.000 Auslandsösterreicher E-Voting einzuführen“. Dadurch könnte die niedrige Wahlbeteiligung unter den Österreichern im Ausland verringert sowie die Bindung an das Land gesteigert werden, meinte Lopatka. Er zeigte sich auch von einer sicheren Durchführung überzeugt und verwies etwa auf Frankreich oder die Schweiz: „Wenn die es schaffen, warum wir nicht.“ Auch Schieder erteilte dem Vorschlag eine Absage.

Read more … Nach SPÖ auch ÖVP für zweiten Wahltag

2016-12-27 12:12

Steiermark: Bezirksfusionen bringen Millioneneinsparungen

Vier bzw. fünf Jahre sind bereits vergangen, seit acht steirische Bezirke zu vier zusammengelegt worden sind. Eine Zwischenbilanz zeigt, dass die von der Politik geplanten Einsparungen in den neuen Bezirken tatsächlich stattfinden.

Die Reformpartnerschaft zwischen ÖVP und SPÖ brachte in der Steiermark in den vergangenen Jahren viele Änderungen. Neben der Gemeindestrukturreform waren es unter anderem die Zusammenlegungen von acht Bezirken zu vier. Aus Judenburg-Knittelfeld wurde der Bezirk Murtal - mehr dazu in Erster Amtstag im neuen Bezirk Murtal - und aus Bruck und Mürzzuschlag der Bezirk Bruck-Mürzzuschlag. Außerdem wurden noch Fürstenfeld und Hartberg zusammengelegt und aus Feldbach und Radkersburg wurde der Bezirk Südoststeiermark. Mehr dazu in Weitere Bezirksfusionen: Aus sechs werden drei.

Pionier Murtal: Zehn Prozent weniger Personal

Pionier war die Bezirkshauptmannschaft Murtal, die es mittlerweile seit dem 1. Jänner 2012 gibt. Laut Bezirkshauptfrau Ulrike Buchacher konnten die politischen Vorgaben - Einsparungen in Millionenhöhe sowie effektiveres Arbeiten - auch umgesetzt werden. Durch die Zusammenlegung habe die BH Murtal in den vergangenen fünf Jahren rund zehn Prozent an Personal durch natürlichen Abgang einsparen können.

„Wir haben durch diese Zusammenführung von zwei Bezirkshauptmannschaften Einsparungen in der Höhe von einer Million Euro pro Jahr lukriert. Das Einsparungspotenzial kommt aus der Zusammenführung der Systemfunktionen, d. h. es gibt jetzt statt 15 Leitungsfunktionen nur mehr sieben.“ Durch die Systemumstellungen konnte aber auch die Effizienz gesteigert werden, so Buchacher.

Bruck-Mürzzuschlag spart 1,3 Mio. Euro pro Jahr

Positiv kann auch Gabriele Budimann, Bezirkshauptfrau des Bezirkes Bruck-Mürzzuschlag, bilanzieren. Die beiden obersteirischen Bezirke wurden mit 1. Jänner 2013 zusammengelegt - dadurch konnten 20 Dienstposten und rund 1,3 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden. Möglich sei das durch Spezialisierungen der Mitarbeiter gewesen, so Budimann: „Ich spreche beispielsweise den Anlagenbereich an, wo die Juristen früher in der kleineren BH wie Mürzzuschlag oder in der mittelgroßen BH wie Bruck alles gemacht haben. Jetzt haben wir nach Materiengesetzen etwas aufteilen können. Mineralrohstoffgesetz macht jetzt zum Beispiel ein Jurist für den gesamten Bezirk. Das funktioniert gut, die Spezialisierungen sind ein Vorteil.“

Südoststeiermark: 17 Dienstposten weniger bis 2018

Durch Referatszusammenlegungen konnte auch der Bezirk Südoststeiermark zehn Dienstposten einsparen. Bis 2018 sollen weitere sieben folgen. Für Bezirkshauptmann Alexander Majcan hat sich die Zusammenführung der beiden Bezirke Feldbach und Radkersburg vor allem im Jahr des großen Flüchtlingsansturms bewährt, da das Sicherheitsreferat in Bad Radkersburg angesiedelt worden ist.

Read more … Steiermark: Bezirksfusionen bringen Millioneneinsparungen

2016-12-23 11:25

Kaske fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichem Ort

"Das darf es nicht geben: Arbeitern, die vor Weihnachten ihren Lohn nicht bekommen", sagt AK Präsident Rudi Kaske zum aktuellen Fall eines slowakischen Sub-Sub-Auftragnehmers auf einer Wiener Baustelle, der spanischen und portugiesischen Arbeitern nichts auszahlt. Kaske sieht Handlungsbedarf bei der Entsenderichtlinie und fordert eine Beschränkung der Subunternehmerketten sowie eine Aufstockung der Finanzpolizei als Kontrollbehörde.

Die Zahl der Entsendungen nach Österreich lag 2015 bei rund 150.000 und hochgerechnet wird die Zahl für 2016 bereits 180.000 betragen. Damit liegt Österreich im Spitzenfeld in der EU. Bei den Entsendungen handelt es sich bei ca 60 Prozent um StaatsbürgerInnen aus den neuen Mitgliedsstaaten. "Da das Lohngefälle zu diesen Staaten besonders stark ist, ist Österreich in hohem Maße von Lohndumping bedroht", sagt Kaske und fordert insbesondere:

+ Der Lohn, der bei Entsendungen zu zahlen ist, muss Grundlage für die Sozialversicherung im Heimatland sein: Wenn im Fall von Entsendungen nicht der Entgeltanspruch am Beschäftigungsort als Grundlage für die Sozialversicherungsbeiträge herangezogen wird, erleiden inländische Betriebe und ArbeitnehmerInnen einen Wettbewerbsnachteil.

+ Maßnahmen gegen Scheinentsendungen: Auf Grund der derzeitigen Rechtslage sind den inländischen Sozialversicherungsträgern bei Scheinentsendungen die Hände gebunden. Eine Mindestbeschäftigungsdauer im Heimatland vor der Entsendung sowie wirksame Möglichkeiten der Sozialversicherungsträger, falsche Anmeldungen im Heimatland zu bekämpfen, könnte Scheinentsendungen hintanhalten.

+ Es muss kontrolliert werden, wie der praktischen Vollzug von grenzüberschreitenden Vollstreckungen in den anderen EU-Mitgliedstaaten funktioniert, um gegebenenfalls sofort entsprechende Maßnahmen seitens der EU einzufordern.

Österreich hat mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping eine gute gesetzliche Grundlage. Mit Anfang 2017 tritt noch eine Verbesserung in Kraft, mit der die grenzüberschreitende Verfolgung von Firmen, die ihren Mitarbeitern nicht die korrekte Entlohnung zukommen lassen, erleichtert wird. Neu eingeführt wird auch eine Auftraggeberhaftung für Lohnansprüche grenzüberschreitend tätiger ArbeitnehmerInnen im Baubereich. "Das sind weitere wichtige Schritte, damit unser Lohngefüge und der Sozialstaat nicht durch Dumping unter Druck gebracht werden. Aber es ist dringend notwendig, dass diese gesetzlichen Bestimmungen auch entsprechend durchgesetzt werden", fordert der AK Präsident insbesondere die Verdopplung des Kontrollpersonals bei der Finanzpolizei von unter 500 auf 1.000.

Read more … Kaske fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichem Ort

2016-12-21 12:38

Gehaltsabschluss 2017 für Vereinigte Bühnen Wien und Bühnenverein: Plus 1,3 Prozent

Gewerkschaft an Subventionsgeber: Umsetzung des Ergebnisses sicherstellen

Die Verhandlungen über die Anpassung der Löhne und Gehälter im Bereich der Vereinigten Bühnen Wien (VBW) und des Bühnenvereins sind abgeschlossen. Das Verhandlungsteam der younion _ Die Daseinsgewerkschaft und die Arbeitgeberseite einigten sich auf ein Plus von 1,3 Prozent.

Die Erhöhung mit dem Jahr 2017 betrifft rund 1.500 ArbeitnehmerInnen der VBW und des Bühnenvereins (Volkstheater, Theater in der Josefstadt und Theater der Jugend). Der Abschluss entspricht dem Verhandlungsergebnis für den Öffentlichen Dienst.

„Die Subventionsgeber in Bund und Land müssen die nötigen Mittel bereit stellen, um die Erhöhung für sämtliche ArbeitnehmerInnen in den betroffenen Kulturbetrieben sicher zu stellen“, erneuerte der Vorsitzende der younion, Christian Meidlinger, diese Forderung der Gewerkschaft.

Read more … Gehaltsabschluss 2017 für Vereinigte Bühnen Wien und Bühnenverein: Plus 1,3 Prozent

2016-12-21 12:20

Lohnsteuer im Vorjahr stärker gestiegen als Löhne

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Vorjahr deutlich stärker gestiegen als die Einkommen. Das geht aus der heute veröffentlichten Lohnsteuerstatistik hervor. Auch im langjährigen Vergleich liegen die Steuern stets deutlich über der Lohnentwicklung. Ausnahmen sind nur Jahre mit Steuerreform. Auch heuer werden die Lohnsteuereinnahmen daher wieder kräftig sinken.

Das laufende Jahr wird von der Statistik Austria zwar noch nicht erfasst. Das Finanzministerium rechnet allerdings damit, dass die Lohnsteuer 2016 um 9,1 Prozent weniger bringen wird als 2015. Seit 2000 gab es nur vier Jahre, in denen die Lohnsteuereinnahmen sanken - und zwar die Steuerreformjahre 2000, 2004, 2005 und 2009. Der heurige Rückgang wäre der stärkste der vergangenen 15 Jahre.

Im Vorjahr wuchsen die Bruttobezüge um 2,9 Prozent, die Lohnsteuereinnahmen aber um 5,1 Prozent. In Summe flossen damit 182,5 Mrd. Euro an 6,76 Mio. Arbeitnehmer und Pensionisten. Sie zahlten davon 23,3 Mrd. Euro an die Sozialversicherung und 28,3 Mrd. Euro Lohnsteuer. Die Abgaben machten somit laut Statistik Austria durchschnittlich 28,3 Prozent der Bruttobezüge aus.

Read more … Lohnsteuer im Vorjahr stärker gestiegen als Löhne

2016-12-19 09:22

VdF: Amateurspieler wäre nicht verurteilt worden

Fußballplatz ist aber kein rechtsfreier Raum

Der Fall rund um Amateurspieler Christoph Jedlicka sorgte für Aufsehen. Der Fußballer zahlte aufgrund eines Fouls rund 13.000 €. Diese Summe beinhaltete Schmerzensgeld, Verfahrenskosten, Spitalskosten und Diversion.

Durch die mediale Darstellung ist die Verunsicherung in der Fußballszene momentan sehr groß. Spieler, Funktionäre und Fans befürchten aufgrund dieses Beispiels eine Klagsflut und somit eine Gefährdung für den Fußballsport.

Die Vereinigung der Fußballer (VdF), eine Fachgruppe der younion, hat die tatsächliche Rechtssituation überprüft. Erste Erkenntnis: Wäre der Fall tatsächlich vor Gericht gelangt, und nicht außergerichtlich ausverhandelt worden, wäre es auf keinen Fall zu einer Verurteilung gekommen.

Das Verhalten des Spielers war, wie Juristen sagen, sozialadäquat. Solange ein Spieler die Chance auf den Ball hat und er kein „sportartlich atypisches Verhalten“ an den Tag legt, hat er nicht mit einer Verurteilung zu rechnen.

VdF-Vorsitzender Gernot Zirngast: „Dieser Fall zeigt aber auch, dass man sich auf dem Spielfeld nicht außerhalb eines rechtlichen Rahmens befindet und damit tun und lassen kann, was man will. Trotzdem war dieses harte Foul eines, wie es im Fußball und im Kampf um den Ball immer wieder vorkommen kann.“

Read more … VdF: Amateurspieler wäre nicht verurteilt worden

2016-12-14 17:25

Duzdar gewann Klage gegen Strache

SPÖ-Staatssekretärin Muna Duzdar hat eine Klage gegen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gewonnen.

Er muss Aussagen, wonach sie etwas mit der Einladung von islamistischen Terroristen zu tun haben könnte, widerrufen.

Das entsprechende Urteil nach ihrer Unterlassungsklage ist nun rechtskräftig, teilte Duzdar am Mittwoch auf ihrer Facebook-Seite mit. Das Oberlandesgericht Wien habe entschieden, dass kein außerordentlicher Rekurs mehr möglich ist, erklärte Duzdars Büro auf Anfrage.

Äußerungen bei ORF-Sendung im Mai

Es geht um Äußerungen Straches in der ORF-Sendung „Runder Tisch“ vom 18. Mai, die vom Zuseher laut der Klägerin so verstanden werden, dass Duzdar in einem Naheverhältnis zu islamistischen Terroristen stehe und insbesondere auch palästinensische Terroristen nach Österreich eingeladen hätte. Straches Anwalt Michael Rami hatte argumentiert, dass Strache keine eigenen Vorwürfe erhoben, sondern lediglich auf Medienberichterstattung Bezug genommen habe.

FPÖ musste Vorwürfe gegenüber Wehsely widerrufen

Erst am Montag musste die Wiener FPÖ Vorwürfe gegenüber Wiens Sozialstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) widerrufen, nachdem diese eine Klage gewonnen hatte. Die Partei hatte behauptet, Wehsely hätte Beamten der MA 40 rechtswidrige Weisungen im Zusammenhang mit der Mindestsicherung erteilt - mehr dazu in FPÖ widerruft Vorwürfe gegen Wehsely.

Read more … Duzdar gewann Klage gegen Strache

2016-12-14 08:53

Wien beschließt 570 Mio. Euro neue Schulden

Im Rathaus ist am Dienstag Wiens Budget für das Jahr 2017 beschlossen worden - und damit eine Neuverschuldung von knapp 570 Mio. Euro. Abgesegnet wurde das mit den Stimmen von Rot-Grün, die Opposition stimmte dagegen.

Für 2017 wurden in Wien Gesamtausgaben in der Höhe von 13,39 Mrd. Euro veranschlagt. Bei prognostizierten Einnahmen von 12,82 Mrd. Euro ergibt sich eine Lücke von 569,6 Mio. Euro - die mit Krediten abgedeckt wird.

Der Gesamtschuldenstand der Stadt wird damit Ende des kommenden Jahres voraussichtlich bei rund 6,5 Mrd. Euro liegen. Finanzstadträtin Renate Brauner (SPÖ) hatte die prognostizierte Neuverschuldung im Zuge ihrer Budgetrede verteidigt. In Relation zum Bund und zu den anderen Bundesländern stehe Wien gut da, meinte Brauner, die die Kritiker daher bat, „die Kirche im Dorf zu lassen“.

Trotz Kritik: SPÖ stimmte geschlossen für Budget

Kritik an dem Entwurf kam nicht nur von der Opposition, auch innerhalb der SPÖ hatten einige Mandatare dem Budget zuletzt ihre Zustimmung verweigert. SPÖ-Vertreter aus der Donaustadt, darunter Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy, stimmten in der roten Klubvollversammlung dagegen - um ihren Protest auszudrücken, wie es hieß. Sie begründeten die Ablehnung mit einem Straßenbauprojekt. Im Plenum unterstützten jedoch wie erwartet alle SPÖ-Abgeordneten den Voranschlag.

Read more … Wien beschließt 570 Mio. Euro neue Schulden